

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold

Abg. Klaus Holetschek

Abg. Johannes Becher

Abg. Katja Weitzel

Abg. Markus Striedl

Abg. Markus Saller

Abg. Steffen Vogel

Abg. Christoph Maier

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3** auf:

Antrag der Abgeordneten

Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u. a. und Fraktion (CSU),

Florian Streibl, Felix Locke, Tobias Beck u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Katharina Schulze, Johannes Becher, Julia Post u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN),

Florian von Brunn, Ruth Müller, Volkmar Halbleib u. a. und Fraktion (SPD)

Einsetzung einer Enquete-Kommission im Bayerischen Landtag "Potenziale in Gesellschaft, Wirtschaft und Verwaltung entfesseln - Das Leben leichter machen, Bürokratie abbauen, den Staat neu denken" ([Drs. 19/2593](#))

und

Festlegung

der Mitgliederzahl, Zusammensetzung und Bestellung des Vorsitzenden sowie des stellvertretenden Vorsitzenden der Enquete-Kommission

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt 29 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. Erster Redner ist der Fraktionsvorsitzende der CSU-Fraktion, Herr Klaus Holetschek. Bitte schön.

Klaus Holetschek (CSU): Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Vizepräsident, gestatten Sie mir: Ich freue mich sehr, dass Sie wieder hier sind, und wünsche Ihnen weiter gute Genesung.

(Allgemeiner Beifall)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön.

Klaus Holetschek (CSU): Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir setzen heute eine Enquete-Kommission zu einem Thema ein, das uns in dieser Gesellschaft immer mehr

bewegt. Wir nehmen jeden Tag wahr, dass Bürokratie und Regulierung überborden, die Menschen belasten. Das ist auch ein Hauptgrund dafür, warum die Wirtschaft inzwischen fragt, ob der Standort noch geeignet ist, hier tatsächlich zu investieren und Produktionen voranzutreiben.

Vor Kurzem hat eine Studie gezeigt, dass ein Drittel der Selbstständigen und Freiberufler darüber nachdenkt, ins Ausland abzuwandern. Als Hauptgrund dafür wurde die Bürokratie angegeben. Wenn man sich vorstellt, dass Selbstständige und Freiberufler, die die Stütze unserer Wirtschaft sind, solche Überlegungen anstellen, tun wir gut daran, jetzt Ernst zu machen, das ernst zu nehmen, jetzt etwas zu tun.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich bin dem Ministerpräsidenten und der Staatsregierung sehr dankbar, dass wir hier vor Kurzem im Rahmen der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten das Beschleunigungs- und Modernisierungsgesetz auf den Weg gebracht haben. Wir haben Dinge nicht nur angesprochen, sondern die ersten Ministerratsvorlagen sind da; die ersten Dinge werden umgesetzt. Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, das sind die Signale, die wir brauchen. Nicht nur darüber reden, sondern tun!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Arif Taşdelen (SPD): Endlich, endlich!)

– Herzlichen Glückwunsch zur Wahl zum stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden. – Deswegen ist es wichtig, dass wir diese Enquete-Kommission als begleitendes Instrument gemeinsam mit den demokratischen Fraktionen hier im Haus einsetzen. Sie soll keine Kommission sein, die jahrelang vor sich hin arbeitet, sondern eine, die ständig Themen aufgreift, die umsetzt, die antreibt. Das ist es, was ich mir von dieser Enquete-Kommission wünsche: nicht nur wissenschaftliche Arbeit, sondern eine Begleitung der Initiativen, die wir ständig brauchen. Es ist nicht mehr die Zeit zum Abwarten,

sondern es ist die Zeit, an allen Ecken und Enden anzupacken. Das können wir gemeinsam erreichen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich meine das Angebot an die Kolleginnen und Kollegen sehr ernst. Wir stehen nicht nur vor dem Projekt einer Partei, sondern vor einer gesamtgesellschaftlichen Aufgabe. Deswegen können wir sie auch nur gemeinsam bewältigen.

Ich glaube, wir haben mit Steffen Vogel, den wir heute noch zum Vorsitzenden wählen werden, jemanden, der genau diese Identität verkörpert, der will, dass diese Enquete-Kommission nach vorne hin ausgerichtet wird. Auch die Experten, die benannt wurden, stehen dafür, dass wir gemeinsam etwas tun.

Wir haben Gerhard Eck, den ehemaligen Staatssekretär, als Experten berufen. Er hat auch als ehemaliger Bürgermeister in der Politik schon immer bewiesen, wie ernst er es mit pragmatischen Lösungen meint. So jemanden brauchen wir.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir werden mit Herrn Prof. Arloth, dem ehemaligen Amtschef des Justizministeriums, jemanden aus der Beamtenschaft berufen, der die Themen des Vollzugs und die Haftungsfragen, die da alle mit rein gehören, erkennen wird. Mit Prof. Wollenschläger berufen wir einen weiteren exzellenten Juristen, der uns auf diesem Weg begleiten wird.

Die Enquete-Kommission wird weitere Fachleute dazurufen und diese Themen immer wieder einspiegeln. Wir müssen einfacher denken. Schon die Sprache, mit der wir auf die Leute zugehen, ist ein Problem. Wir müssen von den Bürgerinnen und Bürgern her denken. Das ist unser Auftrag. Vor allem müssen wir die Dinge auch umsetzen.

Wir werden auch einmal darüber nachdenken müssen, ob wir die Verwaltungsstrukturen optimal aufgestellt haben. Ich wünsche mir als Thema, den Staat einmal neu zu denken und darauf zu schauen, ob die Struktur und das System so noch gut sind oder

ob wir dort etwas tun können. Wir brauchen Vereinfachung und müssen Vertrauen schaffen. Vertrauen reduziert Komplexität.

All das sind Themen, die in dieser Enquete-Kommission enthalten sind. Wir müssen an allen Ecken und Enden anpacken: in der Wirtschaft und in der Pflege. Wir müssen endlich einmal die Heimaufsicht und den Medizinischen Dienst zusammenführen und die Dinge umsetzen. Darauf warten die Menschen in unserem Land.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Lassen Sie uns die Enquete-Kommission zu einer Zeitenwende nutzen. Dieses Wort ist zwar manchmal abgedroschen, aber es passt. Wir müssen dieses Land entfesseln, den Bürgerinnen und Bürgern ihre Chance wiedergeben, Dinge zu tun, Unternehmer unternehmen lassen und die Weichen neu stellen, damit wir wieder auf den ersten Platz vorrücken und nicht abgehängt werden. Es ist unsere Chance, nutzen wir sie gemeinsam!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank. – Nächster Redner ist der Kollege Johannes Becher für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Johannes Becher (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, schön, Sie wieder auf Ihrem Platz zu sehen. Schön, dass Sie wieder da sind! – Die Themen im Landtag sind ähnliche geblieben. Die Bürokratie muss weniger werden. Aber wie genau? – Es ist relativ einfach und manchmal auch bitter, das Problem zu beschreiben. Lösungen zu finden, ist komplex. Wenn es einfach wäre, dann wäre es schon gelöst. Viele Regeln werden in guter Absicht gemacht, aber die Vielzahl ist zu viel, und einiges passt auch gar nicht mehr zusammen. Wozu führt das? – Es führt dazu, dass viele Menschen in ihrer Arbeit, egal ob im Haupt- oder im Ehrenamt, sagen: Diese Bürokratie macht keinen Spaß mehr.

Es gibt Unverständnis, Frust, Wut, Resignation. Ich sage ganz klar: Wir müssen mit Bürokratiefrust Schluss machen und hin zu sinnvollen Regelungen kommen. Wir müssen mehr automatisieren und digitalisieren, und wir brauchen spürbare Vereinfachungen. Das ist die Forderung, die an uns in der Politik gestellt wird. Dieser Aufgabe müssen wir uns stellen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Eigentlich alle, die Wirtschaft, der Sozialbereich, die Landwirtschaft, die Kommunen, das Ehrenamt, die Staatsverwaltung und natürlich auch die Kommunalverwaltung sowie letztlich alle Bürgerinnen und Bürger, erwarten Lösungen für die Bürokratie. Kann jetzt die Enquete-Kommission alles lösen? – Die Stärke der Enquete-Kommission könnte es zumindest sein, verschiedene Expertinnen und Experten, Menschen zusammenzubringen und Handlungsempfehlungen zu entwickeln. Der Erfolg wird allerdings nicht an der Einsetzung, sondern an der Umsetzung gemessen.

Wir müssen vermeiden, dass es heißt: Jetzt haben wir erst einmal eine Enquete-Kommission; warten wir mal ab, was sie herausbringt. – Oder: Wir können nichts verbessern; das muss erst einmal in die Enquete-Kommission. – So nicht, werte Kolleginnen und Kollegen. Es geht nicht darum, in ein paar Jahren einen möglichst dicken Bericht vorzulegen, sondern wir brauchen eine agile Enquete-Kommission, die zügig, praxisnah, lösungsorientiert und transparent arbeitet. Wir müssen etwas für die Menschen bewirken. Das ist mein Anspruch, und das ist das Ziel der Landtagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bei der Auswahl unserer Expertin in der Enquete-Kommission war uns wichtig, Kompetenz, Praxis und insbesondere auch das übergreifende Denken zwischen Freistaat und Kommunen zu verbinden, weil es uns nichts hilft, auf Landesebene Bürokratie vermeintlich abzubauen, wenn dann auf kommunaler Ebene die doppelte Arbeit entsteht. Das hat gar keinen Mehrwert. Daher freut es mich, dass wir mit Dr. Hanna Sam-

müller-Gradl eine Topjuristin gewinnen konnten, die mit dem Kreisverwaltungsreferat in München tagtäglich eine große Sicherheits- und Ordnungsbehörde leitet und mit der kommunalen Familie bestens vernetzt ist. Ich bin überzeugt, dass sie uns in der Enquete-Kommission mit großem Fachwissen bereichern wird.

Am Donnerstag wird konstituiert; dann geht es endlich los. Von unserer Seite ist klar, dass wir einige Themen ansprechen werden, zum Beispiel die kommunalen Förderprogramme, die teilweise mehr Aufwand verursachen, als sie Nutzen haben. Wir brauchen mehr Freiheit und mehr Geld zur freien Verwendung für die Kommunen. Das ist unsere klare Haltung.

Zum Thema Fachkräftemangel und Anerkennung von Fachkräften aus dem Ausland: Erst heute früh gab es wieder ein parlamentarisches Frühstück; in diesem Fall hat die Gastronomie gefragt, wie lange die Anerkennung dauert, und gesagt, das sei überall unterschiedlich. – Wir sind teilweise in einer Endloswarteschleife. Das kann es nicht sein. Lassen Sie uns bei der Anerkennung ausländischer Fachkräfte wirklich vorwärtskommen. Das lohnt sich, werte Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Themen Statistik, Dokumentationspflichten und Vergabekriterien sind wichtig; hier sind Verbesserungen angekündigt. Der Teufel liegt dort wieder im Detail. Wir müssen hinschauen, um tatsächlich Verbesserungen zu erzielen, weil niemand Scheinlösungen braucht, die keinem helfen.

Ich möchte noch den Bereich der Haftung ansprechen. Ich bin dankbar, dass sich die Enquete-Kommission auf die bayerischen Themen konzentriert. Aus der Angst vor einem Risiko entstehen wahnsinnig viele Regelungen zur Absicherung. Das müssen wir uns anschauen, weil wir ansonsten wahrscheinlich nicht auf einen grünen Zweig kommen. Es gibt den Bereich des allgemeinen Lebensrisikos; vielleicht muss man das wieder einmal ausbuchstabieren.

Ich bin auch für Anregungen aus der Bevölkerung und der Verwaltung persönlich dankbar; das sind Expertinnen und Experten in eigener Sache. Es gibt übrigens eine "Innovationszentrale Moderne Verwaltung" beim Freistaat; während der letzten zehn Jahre gab es mehrere Tausend Verbesserungsvorschläge. Weniger als 15 % dieser Ideen wurden umgesetzt. Ich kann mir gar nicht vorstellen, dass die Vielzahl der Vorschläge aus der Verwaltung so schlecht ist. Wir brauchen also schon die Bereitschaft, mutig an die Sache zu gehen, die Offenheit für Ideen und dafür, Visionen zu entwickeln, wie man die Dinge einfacher und pragmatischer handhaben kann.

Allerdings darf man auch nicht aus Freude an der Entbürokratisierung wesentliche Ziele aus dem Blick verlieren. Wir brauchen eine intakte Umwelt. Natürlich wollen wir eine Demokratie mit den Bürgerinnen und Bürgern und nicht über sie hinweg. Die Kunst wird sein, alle sinnvollen Ziele im Blick zu behalten und pragmatische und machbare Lösungen zu finden: mit Mut, mit Kreativität und mit einer hohen Motivation. So kann man Probleme anpacken. Ich freue mich auf die Arbeit. Packen wir es an! Auf eine gute Zusammenarbeit!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Nächste Rednerin ist die Kollegin Katja Weitzel für die SPD-Fraktion. Frau Abgeordnete, Sie haben das Wort.

Katja Weitzel (SPD): Vielen Dank, Herr Präsident Hold. Es freut mich sehr, Sie heute in meinem Rücken zu haben. – Werte Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuschauerinnen und Zuschauer! Ja, wir müssen reden. Es ist schon gesagt worden: Die Verwaltungen, die Kommunen, die Kliniken, Unternehmen, aber auch Vereine und Bürgerinnen und Bürger beklagen sich zu Recht über die überbordende Bürokratie in unserem Land. Umso wichtiger ist es, dass wir als Politik uns damit zum einen beschäftigen, zum anderen aber auch darauf reagieren. Wir müssen identifizieren, wo Bürokratieabbau möglich ist und wo er sinnvoll ist, und entsprechende Maßnahmen hierfür ablei-

ten. Wichtig ist uns dabei – das ist auch schon gesagt worden –, dass wir die gesellschaftlichen Akteure mit ihrer ganzen Kompetenz und Expertise in die Enquete-Kommission einbeziehen, ihnen zuhören, ihre Vorschläge aufnehmen und sie dann auch umsetzen.

Wir müssen aber aufpassen, dass wir uns in Anbetracht der Größe dieses Vorhabens nicht in Allgemeinplätzen verlieren. Schon allein die schiere Größe dieses Antrags und des Fragenkatalogs birgt die Gefahr, dass wir uns in Beliebigkeiten verlieren. Die Erwartung der Bevölkerung ist zu Recht, dass wir hier klare und konkrete Antworten sowie Maßnahmen finden, die auch umgesetzt werden und spürbar eine Verbesserung für alle hier in unserem Land bringen, um in der Zukunft vorwärtszukommen.

(Beifall bei der SPD)

Ein Vorschlag wäre hier beispielsweise, sich auf wesentliche Punkte des Fragenkatalogs zu konzentrieren, um dann ernsthaft konkrete Lösungen zu erarbeiten, sie umzusetzen und sich eben nicht in Belanglosigkeiten zu verlieren.

Die SPD trägt die Enquete-Kommission mit und ist natürlich bereit, konstruktiv hieran mitzuarbeiten. Das zeigt auch die Auswahl unseres Experten: Wir haben Dr. Ernst Böhm berufen, einen sehr erfolgreichen und innovativen Bauunternehmer. Bauen ist eines der großen Themen. Wohnen in Deutschland und Bayern wird eine Zukunftsfrage sein, die wir beantworten müssen. Das ist einer der Punkte, wo wir gute Rahmenbedingungen setzen müssen, damit die Unternehmen im Bauwesen wieder ihrer Arbeit nachgehen können und nicht von der Bürokratie erdrückt werden.

(Beifall bei der SPD)

Genau wie mein Vorredner freue ich mich sehr auf eine konstruktive Zusammenarbeit und die Lösungen, die wir hier erarbeiten werden. Ich hoffe auch sehr, dass am Ende dieser Enquete-Kommission konkrete Lösungen stehen, die umgesetzt werden; denn

es gibt nichts Schlimmeres, als eine Kommission oder einen Arbeitskreis zu gründen, um sich zu unterhalten. Am Ende des Tages muss es auch Ergebnisse geben.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Frau Kollegin. – Nächster Redner ist der Abgeordnete Markus Striedl für die AfD-Fraktion. Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Markus Striedl (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Sie fordern eine Enquete-Kommission, wie sie plakativerweise in fast jeder Legislaturperiode zu irgendeinem Thema ins Leben gerufen wird. Ich sage gleich vorneweg: Wir werden diese Kommission an sich natürlich mit inhaltlicher Arbeit unterstützen, auch wenn wir sehr skeptisch sind, ob diese den gewünschten Erfolg haben wird. Meint es die CSU damit denn ehrlich? – Ich habe da so meine Zweifel. Ist es denn nicht vielmehr ein Propagandagerüst, welches im nächsten Wahlkampf die ritterlichen Heldentaten unseres Ministerpräsidenten propagieren soll? – Apropos Ministerpräsident: Seit dem 16. Oktober 1957 stellt selbigen durchgängig die CSU. Seit 67 Jahren wird das Bürokratiemonster in Bayern gefüttert, gefüttert und nochmals gefüttert.

(Beifall bei der AfD)

Was ist denn bisher passiert? – Die CSU leistet sich einen Beauftragten für Bürokratieabbau. Dass das ein Kampf gegen Windmühlen ist, ist aber auch jedem klar. Nicht nur werden mehr Gesetze neu erlassen als abgeschafft, sondern auch Verwaltungsvorschriften mehrten sich zwischen den Jahren 2018 und 2023 um satte 11 %, was aus einer Anfrage unserer Fraktion, des Kollegen Gerd Mannes, hervorging.

Aber schauen wir doch mal, was die letzten großen Maßnahmen zum Bürokratieabbau respektive zu Erleichterungen für die Bevölkerung eigentlich gebracht haben. Schauen

wir uns doch mal die Novelle der Bauordnung 2021 an: So benötigt man für den Ausbau eines Dachgeschosses jetzt keine Baugenehmigung mehr. Das ist super. Nur wusste das vorher de facto ohnehin niemand. Wir haben in Bayern wohl Zehntausende nicht genehmigter Dachgeschossausbauten. Das ist also keine Entlastung für die Bürger, sondern einfach eine Anpassung eines Gesetzes an reale Tatsachen.

(Beifall bei der AfD)

Oder schauen wir uns mal die sogenannte Fiktionsfrist an. Die lautet, simpel erklärt: Wenn Sie einen Bauantrag stellen, ist dieser drei Monate nach Antragstellung automatisch genehmigt, wenn die Behörde keinen Widerspruch einlegt. Das gilt jetzt aber nicht für Gewerbebauten. Wie läuft das in den Verwaltungen im Großen und Ganzen ab? – Gewerbeanträge dauern deutlich länger, weil diese hintangestellt werden. Private Anträge werden bei kleinsten oder minimalsten Fehlern abgelehnt. Warum? – Weil die Verwaltungen es ansonsten gar nicht schaffen würden und wir in vielen Städten ein absolut wildes Baufeld hätten. Das funktioniert de facto nur ordentlich, wie vorher, bei Verzicht auf die Fiktionsfrist mit einer ordentlichen Bearbeitung. Dazu kamen dann noch diverse Sachen: das Abstandsflächen-Chaos, diverse Ausnahmen, Bevorzugung spezieller Baustoffe etc. Von einer Erleichterung für die Bürger war hier keine Rede. So was soll dann durch einen Praxis-Check, der angeblich durchgeführt wurde, gelaufen sein. Ernsthaft?

Jetzt wechseln wir vielleicht einmal kurz in den sozialen Bereich, in dem behinderte Menschen teils deutlich unterversorgt sind, und das nicht, weil wir in Bayern nichts anbieten. Wir bieten sehr, sehr gute Leistungen an. Viele Menschen wissen es gar nicht, weil es vor lauter Antragsflut bei sieben bis acht Stellen – hier die Fahrtkosten, da die Beihilfe für ihr Gerät, hier die allgemeine Unterstützung – nicht funktioniert. Auf der einen Seite wissen es die Leute teilweise nicht. Auf der anderen Seite haben wir auch viele Menschen, die sich beraten lassen können, die auf Staatskosten ein Maximum aus dem Sozialstaat herausziehen. So kann das in Bayern nicht weitergehen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Bürokratieabbau muss aber auch wehtun, nicht dem Bürger, aber vielleicht uns ein kleines bisschen und auch den Kommunen vor Ort; denn der übergriffige Staat muss endlich wieder loslassen. Er muss den Bürgern ein freies und eigenverantwortlich geprägtes Leben ermöglichen, in das der Staat wirklich nur dann eingreift, wenn andernfalls andere einen Nachteil erleiden würden. Den Staat geht es schlicht nichts an, was und wo ich in meinem Garten anpflanze oder auch nicht, ob meine Gemeinde eine Flüchtlingsunterkunft mitten im Dorf oder außerhalb haben soll. Nicht umsonst haben schon mehrere Bürgermeister Ihrer eigenen Partei, liebe CSU, aus lauter Verzweiflung Petitionen an den Bayerischen Landtag gestellt. Und an die Adresse von Herrn Aiwan-ger sage ich: Den Staat geht es erst recht nichts an, ob Kommunen Windräder auf oder direkt neben ihrer Gemarkung haben möchten.

Summa summarum: Die CSU hat in den letzten Jahren deutlich zur Schau gestellt: Sie können es nicht, Sie bringen es nicht, und Sie schaffen es nicht, –

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Abgeordneter, achten Sie bitte auf Ihre Redezeit.

Markus Striedl (AfD): – den von Ihnen selbst verursachten Bürokratiesumpf trocken-zulegen.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank. – Nächster Redner ist der Kollege Markus Saller für die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Markus Saller (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen hier im Hohen Haus! Wir haben es schon gehört: Neben hohen Energiepreisen wird die Bürokratie von Unternehmen in Deutschland und damit auch im Freistaat Bayern mittlerweile als größte Schwäche des Standorts ausgemacht. Aber auch Bürgerinnen und Bürger, Kommunen und nicht zuletzt die in der Verwaltung Beschäf-

tigten selbst beklagen zu viel Bürokratie. Dabei ist das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit und in die Effizienz staatlichen Handelns entscheidend für die Stabilität eines demokratischen und freiheitlichen Gemeinwesens und für die gesellschaftliche Solidarität. Die Bayerische Staatsregierung hat dieses Problem schon erkannt und im Jahr 2017 genau deswegen die Stelle eines Beauftragten für die Entbürokratisierung geschaffen. Des Weiteren wurde im Jahr 2022 der Bayerische Normenkontrollrat installiert.

Ich denke, dass es neben den Einrichtungen der Exekutive nunmehr zwingend erforderlich ist, dass sich auch das Hohe Haus selber der Brisanz und der Allgegenwärtigkeit dieses Themas widmet, indem aufgrund dieses von vier Fraktionen gestellten Antrags, den wir heute hier behandeln, eine entsprechende Enquete-Kommission eingesetzt wird. Das Motto dieser Enquete-Kommission ist ziemlich weitreichend: "Potenziale in Gesellschaft, Wirtschaft und Verwaltung entfesseln – Das Leben leichter machen, Bürokratie abbauen, den Staat neu denken". Ja, meine Damen und Herren, es ist ein dickes Brett, das hier gebohrt werden soll; aber Bürokratie geschieht nicht vorsätzlich, so, wie es hier jetzt wieder vonseiten der AfD proklamiert wurde.

Das Schaffen einer Regel passiert oftmals schnell, aber immer aus einem konkreten Anlass heraus und mit guter Begründung. Beim Vollzug einer solchen Regel zeigt sich dann häufig, dass Regelungslücken entstehen oder Ausnahmetatbestände geschaffen werden müssen. Dadurch wird die ursprüngliche Regelung länger, komplexer und aufwendiger zu vollziehen. Dann steigen die Anforderungen an die Betroffenen und an die Verwaltung. Die Folge ist, dass Bürokratie zunimmt. Dieses Phänomen haben nicht nur wir, sondern das zieht sich durch sämtliche Staaten und politische Gremien. Damit sehen wir schon eine wesentliche Hürde: Natürlich ist es leichter, eine Regelung in die Welt zu setzen, als diese dann später wieder zurückzuschrauben. Das heißt also: Deregulierung ist immer schwieriger als das Schaffen einer Regelung.

Dennoch gibt es zahlreiche Möglichkeiten, wo man ansetzen kann, um Deregulierung voranzubringen. So muss man sich die Frage stellen: Besteht denn für viele Themen

überhaupt die Notwendigkeit einer Regelung? – Oftmals werden Gesetze, Verordnungen und Verwaltungsvorschriften als Schnellschüsse erlassen, weil irgendein singuläres Ereignis aufgetreten ist. Dann ist der politische Druck hoch, und manchmal erlässt man dann schnell eine Regelung, derer es im Nachhinein gar nicht bedurft hätte. Oftmals sind hier Fragen von Verantwortlichkeit und Haftung der Auslöser für die Schaffung von mehr Bürokratie. Damit geraten dann plötzlich Personen in den Anwendungsbereich, die man eigentlich gar nicht im Sinn hatte. Ich denke hier an die vielen ehrenamtlich tätigen Vereinsvorstände, die heute schon in Panik geraten, wenn sie irgendwelche Veranstaltungen organisieren müssen.

Das Thema Formvorschriften ist auch so was: Gesetze und Verordnungen sehen in vielen Fällen, aber nicht immer wirklich nachvollziehbar verschiedene Formvorschriften vor: Schriftform, Textform, digitale Signatur. Immer wieder treten im Laufe eines Antragsverfahrens plötzlich Widersprüchlichkeiten auf, oder es entsteht ein Medienbruch. Es macht keinen Sinn, wenn ein Antrag zwar online gestellt werden kann, er aber später dann noch schriftlich nachgereicht werden muss. An solche Dinge müssen wir herangehen. Ich glaube, dass auch der neue Digitalcheck hier eine besondere Bedeutung hat, weil er doch künftig im Gesetzgebungsverfahren dafür sorgt, dass gerade auf solche Dinge hingewiesen wird.

Wir können die Verfahren beschleunigen, indem wir zum Beispiel mit Genehmigungsfiktionen arbeiten: Äußert sich eine beteiligte Fachbehörde in einem bestimmten Verfahren nicht innerhalb einer bestimmten Frist, so gilt deren Einvernehmen oder Genehmigung als erteilt. Zu denken ist hier insbesondere an Bauanträge und an größere Infrastrukturmaßnahmen. Das sollen aber nur einige Beispiele sein, wie uns Deregulierung und Bürokratieabbau gelingen können.

Die Enquete-Kommission möchte diese Sache natürlich tiefgreifend angehen. Deswegen sind 13 große Themenblöcke gefasst worden. Ich bin aber mit Ihnen allen der Meinung, dass wir hier nicht drei Jahre lang irgendwelche großen Stellungnahmen verfassen sollten, sondern dass die Enquete-Kommission direkt spezifisch bei den

einzelnen Problemen, die sich aufdrängen, tätig werden und entsprechend eingreifen sollte.

Wir als FREIE-WÄHLER-Fraktion laden zusammen mit unserem Koalitionspartner alle anderen Fraktionen dazu ein, gemeinsam die ambitionierten Ziele dieser Enquete-Kommission anzugehen. Wir haben als FREIE-WÄHLER-Fraktion auch einen renommierten Experten, Dr. Hubert Faltermeier, benannt. Er war lange Jahre Landrat und in der letzten Legislaturperiode Mitglied dieses Hohen Hauses und weiß viele praktischen Erfahrungen einzubringen.

Mein Kollege Stefan Frühbeißer und ich freuen uns auf eine gute Zusammenarbeit. Packen wir es miteinander an!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Herr Kollege. – Nächster Redner ist für die CSU-Fraktion der Kollege Steffen Vogel. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Steffen Vogel (CSU): "Die Bürokratie ist es, an der wir alle kranken." – Dieses Zitat stammt nicht von mir, sondern von Otto von Bismarck. Das bedeutet, das Thema Bürokratieabbau und das Thema schlanker Staat sind überhaupt keine neuen Themen, sondern das Thema Bürokratieabbau und das Thema schlanker Staat haben die Staatenlenker offensichtlich schon im 19. Jahrhundert beschäftigt.

Trotzdem sind sie so aktuell, so brisant, so wichtig wie nie. Warum? – Weil ich der festen Überzeugung bin, dass die Akzeptanz von Staat und letztlich auch die Glaubwürdigkeit unserer Demokratie davon abhängig sind, ob es uns endlich gelingt, diese überbordende Bürokratie, diese Fesseln, diese Regulierungswut, diese von den Bürgerinnen und Bürgern gefühlte Bevormundung endlich aufzubrechen.

Liebe Freundinnen und Freunde, liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn man, wie wir als Abgeordnete, viel unterwegs ist, was hört man dann? Fragt doch einmal einen

Handwerker, fragt einen Unternehmer, fragt einen Spediteur, fragt einen ehrenamtlichen Vorstand eines Kindergartenvereins. Fragt einen Arzt, der Patienten behandeln will, fragt eine Pflegerin, die am Bett steht und sagt, sie möchte viel mehr Pflege leisten, statt irgendwelche Dokumentationen zu führen. Selbst die Landratsämter sagen, wenn man sie fragt: Wir leiden unter dieser überbordenden Bürokratie.

Deshalb ist der Weg der Staatsregierung vollkommen richtig. Ein großes Dankeschön geht deshalb an Markus Söder, dass er das Modernisierungs- und Beschleunigungsprogramm mit einer starken Regierungserklärung Anfang Juni auf das Gleis gesetzt hat, dass es auch gleich vorwärtsgekommen ist, dass er es nicht als Zehn-Punkte-Programm sieht, das man mal anfängt, um etwas zu machen, sondern als Daueraufgabe. Ich bin der festen Überzeugung, Bürokratieabbau ist eine Daueraufgabe. Was man in fünfzig, sechzig Jahren angesetzt hat, kann man nicht innerhalb von ein oder zwei Jahren zurückfahren, sondern es dauert. Es wird eine Aufgabe für die gesamte Legislaturperiode sein.

Ich bin sehr dankbar, dass sich die Fraktionen dieses Hauses ziemlich einig sind und sagen: Es kann ja nicht nur Aufgabe der Staatsregierung sein, dafür zu sorgen, den Staat als Dienstleister für die Bürgerinnen und Bürger aufzustellen, sondern wir müssen als Parlamentarierinnen und Parlamentarier genauso eingebunden werden. Deshalb ist es vollkommen richtig, dass wir diese Enquete-Kommission einrichten, und deshalb ist es auch richtig, dass wir uns Gedanken machen, dass wir innovativ sind, dass wir kreativ sind. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir müssen auch provokativ sein. Wir müssen Gewohntes infrage stellen und müssen wirklich Anregungen geben, wie wir den Staat wieder auf die Füße stellen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich bin meiner Fraktion und den Kollegen sehr dankbar, dass man mir diese Herkulesaufgabe – ich rede bewusst von Herkules und nicht von Sisyphus – übertragen hat. Ich lade wirklich alle Parteien ein mitzuarbeiten. Ich lade alle Parteien dieses Hauses

zu einem konstruktiven Dialog und einer fruchtbaren Zusammenarbeit ein. Warum? – Weil ich glaube, wir werden daran gemessen. Es muss unser gemeinsames Ziel sein. Wie wird staatliches Handeln derzeit wahrgenommen? – Blockierer, Verhinderer, Verzögerer, Kostentreiber. Wir haben doch ein gemeinsames Ziel und ein gemeinsames Interesse. Staatliche Behörden müssen helfende Hände sein, die die Bürger, diejenigen, die etwas in unserem Land bewegen wollen, unterstützen. Das muss unser gemeinsames Ziel und unser gemeinsames Interesse sein.

Deshalb lade ich euch ein, neu zu denken, Bayern neu zu denken, Bayern 2.0, vielleicht Montgelas 2.0, weil ich glaube, wir müssen wirklich groß denken. Warum? – Nur so lässt sich wirklich etwas im Sinne unserer Bürgerinnen und Bürger bewegen. Ich lade euch alle ein. Ich lade Sie alle ein. Ich bedanke mich für das große Vertrauen. Lassen Sie uns gemeinsam etwas bewegen.

Der Kollege Becher hat zuvor gesagt, wir müssen aktiv werden. Schneller geht es nicht. Heute setzen wir die Enquete-Kommission auf das Gleis. Bereits am Donnerstag ist die erste, die konstituierende Sitzung. Wir gehen im Sinne der Demokratie mit Vollgas an die Arbeit. Ich bleibe dabei: Wenn es uns nicht gelingt, den Staat wieder auf gesunde Füße zu stellen, dann werden wir einen dauerhaften Vertrauensverlust erleiden. Das kann nicht im Interesse aller Beteiligten sein.

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege.

Steffen Vogel (CSU): Staatsregierung, Koalitionsparteien und Oppositionsparteien müssen zum Wohle unserer Bürgerinnen und Bürger gemeinsam an einem Strang ziehen. In diesem Sinne, vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege, es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vor. – Dazu erteile ich dem Abgeordneten Christoph Maier von der AfD-Fraktion das Wort.

Christoph Maier (AfD): Herr Kollege Vogel, wir befinden uns aktuell in der Aussprache über den Antrag zur Einsetzung der Enquete-Kommission. Sie sind der designierte Vorsitzende dieser Enquete-Kommission. Laut Pressemitteilung Ihrer Fraktion sind Sie bereits seit einigen Minuten Vorsitzender dieser Enquete-Kommission, die dieses Hohe Haus noch gar nicht eingesetzt hat. Das heißt, der Bayerische Landtag hat abschließend noch nicht über die Einsetzung entschieden. Sie sind noch nicht zum Vorsitzenden bestellt worden, aber die Fraktion verkündet es bereits in ihrer Pressemitteilung. Entspricht das den Vorstellungen vom Umgang mit unserem Hohen Haus, mit der Würde des Hohen Hauses, wenn Entscheidungen hier nicht abgewartet und eigenmächtig Pressemitteilungen im Vorfeld versandt werden? Äußern Sie sich dazu.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Bitte, Herr Kollege Vogel.

Steffen Vogel (CSU): Liebe Kolleginnen und Kollegen, hat jemand vielleicht ein Päckchen Taschentücher dabei, das man dem Kollegen Maier geben kann, um seine Tränen zu trocknen und seine Traurigkeit zu lindern?

(Widerspruch bei der AfD)

Ich habe nicht im Griff, wer wann welche Mitteilung nach außen gibt. Ich habe aber zur Kenntnis genommen, dass ich wohl der einzige Vorschlag bin. Wir haben festgestellt, dass nahezu alle Parteien des Hauses diese Enquete-Kommission wollen. Insofern war es vielleicht etwas unglücklich, aber was ändert es letztlich? – Hat jetzt jemand ein Päckchen Taschentücher für den Kollegen Maier, wenn er ausgeheult hat? – Ich gebe es ihm gleich, oder lieber Gerhard Hopp, gib du es ihm. Gibt es sonst noch etwas? – Nein. Deshalb nochmals vielen Dank.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Herr Kollege. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist hiermit geschlossen. Wir kom-

men zur Abstimmung. Der Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration empfiehlt den Einsetzungsantrag auf Drucksache 19/2593 zur Annahme.

Wer dem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen CSU, FREIE WÄHLER, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD. – Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion. Dann ist das so beschlossen.

Nach § 32 unserer Geschäftsordnung wird die Zahl der Mitglieder der Enquete-Kommission vom Landtag festgelegt. Die Zahl der Mitglieder des Landtags muss die Zahl der übrigen Kommissionsmitglieder übersteigen. Der Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration empfiehlt, die Mitgliederzahl auf insgesamt 16 Mitglieder, davon 9 Abgeordnete und 7 weitere Mitglieder, festzusetzen. Für die 9 Abgeordneten ist außerdem jeweils eine Stellvertreterin bzw. ein Stellvertreter zu benennen. Im Einzelnen verweise ich hinsichtlich der von den Fraktionen vorgeschlagenen Mitglieder auf die Drucksache 19/2840 und zudem auf die in Plenum Online eingestellte Mitteilung.

(Siehe Anlage 2)

Ich gehe davon aus, dass wir über die Vorschläge gemeinsam abstimmen können. – Widerspruch erhebt sich nicht.

Wer mit der vorgeschlagenen Mitgliederzahl und der vorgesehenen Zusammensetzung der Enquete-Kommission sowie den benannten Mitgliedern einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen CSU, FREIE WÄHLER, AfD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD. Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Keine. So ist das einstimmig beschlossen.

Gemäß § 33 der Geschäftsordnung bestellt die Vollversammlung die Vorsitzende bzw. den Vorsitzenden sowie die stellvertretende Vorsitzende bzw. den stellvertretenden Vorsitzenden der Kommission. Vorsitz und Stellvertretung müssen jeweils verschiede-

nen Fraktionen angehören. Es wurden als Vorsitzender Herr Kollege Steffen Vogel und als dessen Stellvertreter Herr Kollege Markus Saller vorgeschlagen. Ich lasse, wie im Ältestenrat vereinbart, über beide Vorschläge gemeinsam abstimmen.

Wer mit der Bestellung von Herrn Vogel und Herrn Saller einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen CSU, FREIE WÄHLER, AfD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD. Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Keine. So ist das einstimmig beschlossen.

Ich gratuliere Ihnen zu Ihrer Bestellung und wünsche Ihnen und der gesamten Kommission viel Erfolg bei dieser verantwortungsvollen Tätigkeit in einem für uns alle wichtigen, uns alle betreffenden und bedeutsamen gesellschaftlichen Thema. Der Tagesordnungspunkt 3 ist damit erledigt.

Werte Kolleginnen und Kollegen, der nächste Tagesordnungspunkt ist ein Ortstermin, und zwar im Schloss Schleißheim. Ich habe nachgesehen, die Wettervorhersage ist halbwegs verlässlich. Ich wünsche Ihnen allen einen schönen Sommerabend und vor allem anregende Gespräche mit unseren Gästen, und diese, ganz wichtig, auch fraktionsübergreifend. – Danke schön.

(Allgemeiner Beifall – Schluss: 15:49 Uhr)

Mitteilung

des Bayerischen Landtags

**Zu TOP 3: Einsetzung einer Enquete-Kommission im Bayerischen Landtag
„Potenziale in Gesellschaft, Wirtschaft und Verwaltung entfesseln – Das Leben
leichter machen, Bürokratie abbauen, den Staat neu denken“
hier: Mitglieder der Enquete-Kommission**

Von den Fraktionen wurden die folgenden Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder für die Enquete-Kommission benannt:

Mitglieder des Landtags

Mitglieder

CSU

Steffen Vogel
Dr. Alexander Dietrich
Sebastian Friesinger
Peter Tomaschko

FREIE WÄHLER

Stefan Frühbeißer
Markus Saller

AfD

Franz Bergmüller

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Johannes Becher

SPD

Katja Weitzel

Stellvertretende Mitglieder

Tanja Schorer-Dremel
Manuel Knoll
Martin Stock
Kristan von Waldenfels

Felix Locke
Martin Scharf

Markus Striedl

Julia Post

Christiane Feichtmeier

Weitere Mitglieder

Ministerialdirektor a.D. Prof. Dr. Frank Arloth
Dr. Ernst Böhm
Staatssekretär a.D. Gerhard Eck
Dr. Hubert Faltermeier

Dr. Hanna Sammüller-Gradl
Hubert Steffl
Prof. Dr. Ferdinand Wollenschläger

Als Vorsitzender wurden der Abgeordnete **Steffen Vogel**, als stellvertretender Vorsitzende der Abgeordnete **Markus Saller** benannt.

Landtagsamt